



von Michael Winkler

Eine «Zauberformel» der anderen Art sucht man seit jeher zwischen den Forderungen der Wirtschaft und der Finanzierung der Sozialwerke. Der Ruf nach mehr Privat und weniger Staat kommt dabei den Staatskassensanierern äusserst gelegen. So werden beispielsweise in Liechtenstein bei der AHV-Reform saftige Beitragserhöhungen für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer fällig, weil der Staatsbeitrag reduziert werden soll. Zurecht stellt die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer deshalb fest und kritisiert, dass mit diesen Reformen die Lohnnebenkosten steigen werden, was wiederum den Arbeitsplatz gefährdet. Dabei kommt man auch schon zum Ursprung des Problems mit den Sozialwerken: Wenn man das Niveau der Leistungen anhebt und sich der Staat immer mehr aus dem «teuren» System zurückzieht, um die Kasse zu entlasten, sind es andere, welche die Kosten tragen müssen. Sparen würde nämlich heissen, auf Leistungen zu verzichten und somit das dafür benötigte Geld zur Seite zu legen. Bleiben die Leistungen aber konstant hoch, werden eben die «Privaten» zur Kasse gebeten – also die Arbeitnehmer und die Unternehmen. Wie bei der KVG-Revision wird nicht gespart, sondern die Kosten werden auf andere umverteilt. Um im eigentlichen Sinn zu sparen, ohne dass alle draufzahlen, bräuchte es deshalb keine Reform, sondern eine Revolution des Systems.

**Politik auf Seite 8**

# «Sind die Lohnnebenkosten in Liechtenstein zu hoch?»

Die Wirtschaft in Liechtenstein warnt vor einem Anstieg der Lohnnebenkosten durch die anstehenden Reformen der Sozialwerke des KVG und der AHV. Die «Liewo» fragte die Landtagsparteien, wie sie die Situation in Liechtenstein sehen.

→ Bereits im Vorfeld zur Landtags-sitzung im Dezember gab es eine Kritik der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, durch die AHV-Reform würden die Lohnnebenkosten deutlich erhöht. Durch die geplanten Änderungen sei überschlagsmässig nämlich mit zusätzlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen von insgesamt rund 30 Millionen Franken zu rechnen. Die Lohnnebenkosten sind immer ein interessantes Thema, wenn es

um Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. Denn die Lohnnebenkosten sind jener Bereich, in der sich die drei Akteure Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat (in Form der Sozialwerke, welche durch diese Lohnnebenkosten mitfinanziert werden), direkt gegenüberstehen.

## Herausforderung für das Land

«Hohe Lohnnebenkosten gefährden Arbeitsplätze», stand in der Februar-Ausgabe des «Unternehmers»,

des Organs der Wirtschaftskammer, zu lesen. Die hiesige Wirtschaft leidet unter Preisdruck und Frankenstärke und zudem verlangen die sozialen Errungenschaften ebenfalls ihren Tribut. Verständlich, dass einige Unternehmer in die Bredouille kommen. Diese Sozialwerke sind jedoch wiederum Attraktionsfaktoren für Arbeitnehmer, was der Wirtschaft zugute kommt. Deshalb befindet sich die Politik hier in einem interessanten Spannungsfeld. **mw**



FOTO: ISTOCK

## «Auch soziale Unsicherheit kostet»

→ Die Höhe der Lohnnebenkosten hängt mit dem Ausbau des Sozialstaats und dessen Finanzierungsschlüssel zusammen. Je höher der Standard an sozialer Sicherheit ist, desto mehr kostet es.

Nicht zu vergessen ist, dass soziale Unsicherheit ebenfalls kostet. Deshalb spielen die Lohnnebenkosten eine wesentliche Rolle. Im Ländervergleich hat Liechtenstein noch geringe Vorteile. Für die Konkurrenzfähigkeit sind aber nicht nur die Lohnnebenkosten, sondern Lohn-, Infrastruktur- und Kapitalkosten wesentlich. Aufgrund des Fachkräftemangels ist Liechtenstein auf ausländische Mitarbeiter angewiesen. Dies verschärft die Situation auf dem Jobmarkt und erhöht damit die Lohnkosten.

Die Lohnnebenkosten wirken aber auch unterschiedlich auf die Erwerbstätigen. Ältere Mitarbeiter haben oftmals höhere Lohnnebenkosten, was ihre Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt schmälert. Ähnliche Probleme sind auf dem Infrastrukturmarkt. Die Knappheit der Bodenressourcen erhöht die Bodenpreise. Sie verursachen auf dem Mietmarkt für die Unternehmen höhere Infrastrukturkosten. Erhöhungen von Lohnnebenkosten haben gesamtwirtschaftlich wesentliche Wirkungen und sind nur bedingt vorzunehmen.

## «Zugunsten der unteren Einkommen»

→ Die isolierte Betrachtung dieser Frage macht wenig Sinn. Die übergeordnete Frage lautet: «Sind die Wirtschaft insgesamt und auch das einzelne Unternehmen mit den Gestehungskosten für Güter und Dienstleistungen auf ihren Märkten konkurrenzfähig?» Um eine taugliche Antwort zu erhalten, können nicht nur die direkten Lohnnebenkosten, sprich Sozialabgaben, mit umliegenden Ländern verglichen werden. Es gehören auch die Löhne selbst, die Infrastrukturkosten, Standortfaktoren wie die steuerliche Situation, regulatorische Hürden, die Zugänglichkeit der Absatzmärkte sowie die Währungssituation in eine solche Betrachtung hinein. Letztlich geht es um den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von steigender Arbeitslosigkeit mit allen negativen Folgen für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Davon unabhängig muss die Wirtschaft ihrer Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden nachkommen.

Eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist die Gegenleistung für eine liberale Wirtschaftsordnung. Das hat bislang recht gut funktioniert. Das eine wird ohne das andere aber auch in Zukunft nicht gehen. Nicht erst die laufende Revision der Sozialwerke hat den Handlungsbedarf aufgedeckt, besonders zugunsten unterer Einkommen. Staat und Wirtschaft sind gemeinsam gefordert.

## «Verursacher sind in der Pflicht»

→ Die Frage lässt sich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Lohnnebenkosten sind für die Wirtschaft immer eine Belastung. Deswegen hatte sich auch bei der Schaffung der AHV sowie der betrieblichen Personalvorsorge (Pensionskasse) Widerstand aus der Wirtschaft formiert. Die Wirtschaft möchte möglichst keine Lohnnebenkosten.

Für die Arbeitnehmer ist es allerdings wichtig, dass sie z. B. gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, dass sie im Alter sowohl ein Auskommen aus der AHV als auch aus der Pensionskasse haben. Dabei ist es sehr wichtig, dass gerade die Pensionskassenbeiträge, die zwar den Nettolohn schmälern, von den Arbeitgebern mindestens verdoppelt werden. Jeder Franken, den der Arbeitnehmer einbezahlt, wird durch einen Franken von den Arbeitgebern verdoppelt und dann zusätzlich verzinst. Ein guter Deal für den Arbeitnehmer.

In einem liberalen Wirtschaftssystem sind die Kosten für Renten und Arbeitslosigkeit möglichst durch die Verursacher im Sinne der Sozialpartnerschaft zu tragen und nicht einfach auf den Staat, also die Allgemeinheit, abzuwälzen.

Die Lohnnebenkosten sind so auszutarieren, dass sie den Arbeitnehmer im Anlassfall genügend schützen, ohne dass die Wirtschaft übermässig belastet wird. Hier eine Balance zu finden, ist die Herausforderung.

## «Geldkreislauf überdenken»

→ Lohnnebenkosten sind ein Beitrag an die Sozialsysteme. Sie werden in den Produktpreis eingerechnet und verteuern diesen. Wer inländische Ware und Dienste wählt, trägt zur Finanzierung unserer Sozialsysteme bei. Pro 100 Franken Lohnanteil im Produkt beträgt der Anteil an die Sozialwerkeversicherungen 26 bis 47 Franken. Bei Produkten aus dem Ausland bezahlen wir die Sozialabgaben, die in den importierten Produkten enthalten sind, an andere Länder. Die entgangenen Sozialbeiträge fehlen in unseren Sozialwerken. Lohnnebenkosten verteuern die Produkte und erschweren den Export in Länder mit tieferem Lohnniveau. Käufer im Ausland finanzieren unser Sozialsystem mit, aber nur solange der Gesamtpreis passt.

Richtig wären ausgewogene Beiträge und Ausgaben, damit die 25 870 ausländischen Arbeitskräfte ihre rechtmässigen Ansprüche selbst, ohne Steuergeldzugabe, finanzieren. Rentenausgaben fliessen zudem in die Wirtschaft im Ausland und speisen ab dann die dortigen Sozialversicherungen, uns fehlen deren Erträge, um damit erneut Renten zu finanzieren. Seit 12 Jahren sind die AHV-Ausgaben höher als die -Beiträge. Seit 1990 sind die AHV-Rentenausgaben 4,8-fach, die AHV-Beiträge nur 2,7-fach angewachsen. Die Lohnnebenkosten erhöhen ist beschränkt möglich. Das eigentliche Problem liegt tiefer: Die Ausgaben passen nicht mehr zu den Einnahmen, auch im Staatshaushalt.